Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger", erscheint werktäglich. Monatl. Bezugspreis 1.70 RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in uns. Geschäftsst., von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pfg.; die 93 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pfg.; Nachlaßstaffel B. Ziffer- und Nachweisgebühr 25 Pfg. zuzügl. Porto

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Flöha und des Bürgermeisters zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindegirokonto: Zschopau Nr. 41; Postscheckkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohndorf, Wilischthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schlößchen Porschendorf

Nr. 15 — Mittwoch, den 18. Januar 1939 — 107. Jahrgang

Stürmische Kammersitzung in Paris

Rotspanien bekam über Frankreich 50 000 Tonnen Kriegsmaterial

Die französische Kammer setzte ihre außenpolitische Aussprache fort. Der erste Redner der Nachmittagssitzung, der radikalsozialistische Abgeordnete Nethore, sprach vor fast leeren Bänken. Er schloß mit der Forderung auf sofortige Oeffnung der französisch-spanischen Grenze. (!)

Als zweiter Redner des Nachmittags bestieg der ehemalige Ministerpräsident Flandin die Rednertribüne, um im Namen seiner Freunde zu der französischen Außenpolitik Stellung zu nehmen. Er ging davon aus, daß manche Leute die Münchner Abmachungen verurteilten. Diese falsche Auslegung käme von den neuen Nationalisten oder den Uebernationalisten, die diejenigen, die nicht der gleichen Auffassung seien wie sie, gern als Defaitisten bezeichneten. Die Uebernationalisten hätten auch behauptet, Frankreich habe eine Niederlage in München erlitten. Der Widerhall des Münchner Abkommens im Volk sei die beste Antwort auf derartige Aeußerungen gewesen.

Das Ziel der bisherigen französischen Politik sei die „Organisierung und die Aufrechterhaltung des Friedens durch kollektive Sicherheit und gegenseitigen Beistand" gewesen. Diese französische Politik habe aber ihre Grundlage verloren, und man müsse eine neue Grundlage suchen.

Das Ziel der Politik habe sich nicht geändert, es sei die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherung aller Grenzen des Mutterlandes und der Kolonien. Nur die Wahl der Mittel sei anders geworden. Die bisherige Politik habe an den Rand des Krieges geführt. Werde man diese Politik jetzt noch fortsetzen oder was für eine Politik werde man jetzt wählen? Die Wahl könne nur von den Wirklichkeiten diktiert werden. Die Wirklichkeit sei die, daß Deutschland und Italien Genf verlassen haben und daß sie das System der Kollektivierung ablehnen. Der Nationale Kerillis und der Kommunist Peri hätten eine Koalition zwischen England, Frankreich, Polen, Sowjetrußland, Rumänien und Jugoslawien gefordert. Es genüge, sich einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Polen vorzustellen, um sich über die Sinnlosigkeit dieses Systems klar zu werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Flandin ausführlich auf das spanische Problem ein. Es wäre paradox, wenn Frankreich heute in den spanischen Bürgerkrieg eingreifen würde, nachdem es dies damals nicht getan habe, als die Lage viel günstiger war. Er könne nicht glauben, daß Leon Blum und Delbos die Nichteinmischung nur als Betrug aufgefaßt hätten. Auf diese Bemerkung Flandins sprang Leon Blum auf und behauptete, daß seine Regierung sich stets genau an das Nichteinmischungsabkommen gehalten habe.

Flandin warf Blum vor, daß er das Nichteinmischungsabkommen nicht strikt durchgeführt habe, denn es seien 50 000 Tonnen Kriegsmaterial im Transit- und auf anderen Wegen nach Rotspanien gelangt.

Man behaupte, so erklärte Flandin, auf der Linken, daß eine Oeffnung der Grenzen keine Einmischung bedeute. Er sei aber überzeugt, daß die Spanier erklären würden, daß ihre Brüder durch französisches Kriegsmaterial getötet worden seien. Eine Intervention in Spanien sei gleichbedeutend mit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Flandin forderte die Beobachtung einer strikten Neutralität und die Zuerkennung des Rechtes kriegführender Staaten an beide Parteien. Man müßte auch die Regierung Franco anerkennen. Das ständige Zuspätkommen und das ständige Zögern in der französischen Außenpolitik habe Frankreich bereits viel geschadet.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Flandin, er sei der Ansicht, daß Deutschland und Frankreich, die schon so viel für den Fortschritt der Zivilisation beigetragen hätten, sich auf dem Wege des Friedens und nicht in der Hölle eines neuen Krieges begegnen müßten. Zwischen der Möglichkeit, aufzubauen, und der, zu zerstören, müsse man den Weg des Aufbaues wählen.

Während den Ausführungen Flandins über die spanische Frage hatte sich in der Kammer ein derartiger Sturm erhoben, daß die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte, damit die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Ausführungen des nächsten Redners, des rechtsstehenden Abgeordneten Taittinger über das gleiche Thema riefen ebenfalls ununterbrochen Zwischenrufe und persönliche Beleidigungen der Kommunisten hervor. Taittinger bedauerte es, daß Frankreich in Burgos keinen diplomatischen Vertreter habe. Die französischen Interessen in Nationalspanien seien groß. Wenn Frankreich noch lange warte, werde es in Burgos die gleiche Lage vorfinden wie in Rom, d. h. ein französischer Vertreter würde zu spät kommen.

Die außenpolitische Aussprache der Kammer wurde um 19.15 Uhr auf Donnerstag 9.30 Uhr vertagt.

Rom. Der italienische Außenminister Graf Ciano verließ in der Nacht zum Mittwoch die italienische Hauptstadt, um sich auf Einladung des Ministerpräsidenten Stojadinowitsch nach Jugoslawien zu begeben.

England in Attentatsfurcht

Die Täter irische Nationalisten oder Kommunisten?

Die Serie geheimnisvoller Bombenanschläge hält die englische Bevölkerung in großer Unruhe. Nach amtlicher Feststellung sind sieben, zum Teil schwere Explosionen gezählt worden, und zwar zwei in London, drei in Manchester und je eine in Alnwick (Northumberland) und Birmingham. Einige Kraftwerke sind durch die Bombenanschläge nicht unerheblich beschädigt worden. Ferner sind aus Irland Meldungen in London eingetroffen, nach denen sich dort zwei Explosionen im Woodvale-Distrikt ereignet haben sollen.

Die englische Polizei ist der Auffassung, daß es sich bei allen diesen Explosionen um Anschläge von organisierten Banden handelt. Die Polizei scheint irische Nationalisten mit den Anschlägen in Verbindung zu bringen, jedoch erinnern die englischen Zeitungen in diesem Zusammenhang an die vielen Sabotageakte auf englischen Kriegsschiffen und Werften, die sich vor einigen Monaten ereigneten und die einwandfrei auf kommunistische Kreise zurückzuführen waren. Sämtliche Kraftwerke Englands werden von starken Polizeiaufgeboten bewacht.

Die Untersuchungen der Bombenexplosionen in London, Manchester, Birmingham und Alnwick haben ergeben, daß die Terroristen versuchten, große Gebiete dunkelzulegen. Die Polizei hat weiter festgestellt, daß bei Chemikaliengroßhandlungen in der letzten Zeit ungewöhnlich große Bestellungen auf Chlorkalium einliefen, das zur Herstellung von Explosivkörpern verwendet wird. Auch sind in den Sprengstofflagern in Bergwerken kürzlich Diebstähle verübt worden. Die in den Ausschreitungen liegende Drohung wird in England recht ernst genommen.

Neuer Bombenanschlag

Londoner Regierungsviertel unter verstärktem Polizeischutz

Die Bombenattentate wurden um ein weiteres Attentat in Great Barr an der Straße Birmingham—Walsall vermehrt. Hier wurde der Versuch gemacht, einen Hochspannungsmast durch eine Bombe zu sprengen. Eine Stützstrebe des Mastes wurde durch die Bombe weggerissen.

In der ganzen Gegend um Great Barr hat die Polizei weitgehende Schutzmaßnahmen getroffen. In dem Gebiet von Midland sind alle Kraftstationen und Gaswerke unter polizeilichen Schutz gestellt, ebenso auch die Rundfunksender von Droitwich. Die Telephonämter stehen ebenfalls unter polizeilichem Schutz. Bei den Untersuchungen fand man an einer Stelle einen ganzen Sack mit Bomben. Auf den Landstraßen hat man Polizeikraftwagen stationiert, um bei irgendwelchen neuen Attentaten schnell zur Stelle zu sein.

In London selbst sind jetzt auch die Untergrundbahnhöfe polizeilich bewacht. Ein besonderes Augenmerk richtet die Polizei bei ihren Schutzaktionen auch auf gewisse Teile des Großschiffahrtskanals von Manchester.

Das Londoner Regierungsviertel hat besonders starken Polizeischutz bekommen. Innenminister Sir Samuel Hoare hatte am Dienstagnachmittag eine Besprechung mit Ministerpräsident Chamberlain, die sich wahrscheinlich auf die Bombenanschläge bezog, die, wie jetzt einwandfrei festzustehen scheint, von langer Hand vorbereitet worden sind.

Auch in Liverpool hat man besondere Sicherungsmaßnahmen für die großen Dockanlagen, in denen alle Schiffe aus Irland einlaufen, für notwendig gehalten. Wie die Abendpresse aus Belfast berichtet, liegt über der ganzen Stadt eine starke Spannung. Alle Staatsgebäude sind besonders bewacht. Polizeibeamte in Zivil sind auf den Straßen in Dienst, während die Polizei einsatzbereit in den Kasernen liegt.

Arbeitslose legten sich auf den Fahrdamm

Neue Demonstrationen in London

Auf der Oxford-Street, einer der belebtesten Geschäftsstraßen Londons, kam es zu neuen Arbeitslosendemonstrationen. Eine Anzahl Arbeitsloser legte sich auf den Fahrdamm, so daß eine schwere Verkehrsstörung eintrat. Hunderte von Neugierigen sammelten sich an, während die Frauen der Arbeitslosen mit der Parole „Bewahrt uns vor Hunger — Mehr Winterhilfe!" demonstrierten. Da die Arbeitslosen nach einer Viertelstunde keine Anstalten machten, ihre Kundgebung zu beenden, schritt die Polizei ein und säuberte die Straße.

Sowjetarbeiter protestieren gegen Ausbeutung

Tanks und Panzerwagen gegen Streikende

Ueber 500 Verhaftungen in Leningrad

Die Erregung unter der Arbeiterschaft der Sowjetunion über die neuen Ausbeutermethoden, die den einzelnen zur Hergabe der letzten Habe zwingen und ihm dafür seinen ohnehin kärglichen Lohn weiter kürzen, nimmt immer weiteren Umfang an. Wie aus Moskau gemeldet wird, kam es in Leningrad dieser neuen Arbeitsgesetze wegen, die den Lohn um 15 v. H. herabsetzen, die Produktion aber um 25 v. H. steigern sollen, sogar zu einem Sitzstreik, dem ersten Streik dieser Art in der Sowjetunion.

Die Arbeiter der Leningrader Werft, auf der zur Zeit der Kreuzer „Kirow" gebaut wird, hatten zunächst gegen die neuen Maßnahmen protestiert. Als die Leitung der Werft sich schließlich weigerte, eine Abordnung zu empfangen, gingen die 15 000 Arbeiter der Werft zu einem Sitzstreik über, dem sich auch 10 000 Arbeiter der Waffenfabriken Czerwony Putylow anschlossen. Die Leningrader GPU. ging rücksichtslos vor. Tausende von GPU.-Soldaten umstellten die Werft und die Fabrik, und mit Panzerautos und Tanks unter Verwendung von Tränengas wurden die Arbeiter zum Verlassen der Werke gezwungen. Ueber 500 Arbeiter sollen verhaftet worden sein. Alle übrigen Arbeiter, die sich am Sitzstreik beteiligt hatten, wurden fristlos entlassen; außerdem droht ihnen die Verschickung. In Leningrad sollen Flugblätter verteilt worden sein, die gegen die kapitalistischen Methoden des Sowjetregimes zum Widerstand auffordern.

Fiasko des sowjetischen Produktionsprogramms

Die Moskauer Presse veröffentlicht einige Ziffern über die Produktion der Sowjetindustrie im Jahre 1938. Daraus ist zu entnehmen, daß — mit alleiniger Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie — keine einzige Wirtschaftsgruppe die vorgeschriebenen Planziffern erreicht hat. Der angegebene Gesamtwert der industriellen Produktion für 1938 bleibt mit fast drei Milliarden Rubel hinter den Plänen zurück.

Kettenbriefe gegen Roosevelt

„Amerikas Mütter wollen kein Kanonenfutter mehr geben"

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein gewaltiges Anwachsen der Proteste gegen das Aufrüstungsprogramm Roosevelts zu verzeichnen. Der demokratische Bundessenator Holt erklärte, daß er einen sogenannten Kettenbrief erhalten habe, in dem 10 Millionen Amerikaner zu einem Protest gegen die dritte Amtsperiode des jetzigen Präsidenten aufgerufen werden. Er werde im Senat eine Entschließung gegen eine dritte Amtsperiode Roosevelts beantragen.

Der republikanische Senator Frazier sagte, niemand könne ihm glauben machen, daß die Bewilligung der vielen Millionen Dollar für Roosevelts Aufrüstung dem Frieden dienen solle. Der demokratische Senator Reynold sprach die Meinung aus, daß die amerikanischen Mütter, die später wieder das Kanonenfutter herzugeben hätten, entschieden gegen das Rüstungsprogramm seien.

Deutsch-türkisches Kreditabkommen

150-Millionen-Kredit zum Bezug deutscher Industrieerzeugnisse

Seit dem 4. Januar sind in Berlin zwischen einer türkischen Delegation unter Führung des Generalsekretärs des türkischen Außenministeriums, Botschafter Numan Menemencioglu, und der deutschen Regierung Verhandlungen über ein Kreditabkommen geführt worden, dessen Abschluß bereits grundsätzlich zwischen der deutschen und der türkischen Regierung am 6. Oktober 1938 während des Besuchs des Reichswirtschaftsministers Funk in Ankara vereinbart worden war.

Die in freundschaftlichem Geist geführten Verhandlungen haben in kurzer Zeit zu einer Einigung über ein Kreditabkommen geführt, das von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Weizsäcker und Exzellenz Numan Menemencioglu unterzeichnet worden ist. Auf Grund dieses Abkommens wird der türkischen Regierung in Deutschland ein Kredit von 150 Millionen Mark zum Bezuge deutscher Industrieerzeugnisse eingeräumt. Es ist zu erwarten, daß dieses Kreditabkommen dazu beitragen wird, die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden befreundeten Staaten noch weiter auszubauen und zu vertiefen.